

Berliner Börsen-Beitrag.

Berlin, Freitag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Postlohn...

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurztellexikon, Annoncen-Kalender, Vollständige Ziehungslisten der Preuss.-Ködd. Klassenlotterie...

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Restamtzeit 1.20 Mt.

Telegraphen-Adresse: Börsen-Zentrale. Redaktion und Expedition: Berlin W. S. Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition. Fernsprecher: Zentrum, Nr. 243.

Vom Tage.

Der deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky ist gestern nach Berlin abgereist. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer stellte die Regierung die Vertrauensfrage, welche mit 322 gegen 155 Stimmen angenommen wurde. Auf der Weltausstellung in Gent ist gestern das Kolonialmuseum in Gegenwart des Königs eröffnet worden. In Wilhelmshagen bei Hamburg wurden gestern durch ein Großfeuer die Kleinwerke sowie mehrere benachbarte Fabriken vollständig zerstört.

Wahltag.

Der heutige Tag gibt den preussischen Würgern Gelegenheit, ihr wichtiges staatsbürgerliches Recht auszuüben. Nur alle fünf Jahre kehrt diese Gelegenheit wieder. Da ergibt sich aus dem Wahlrecht auch die moralische Pflicht, zu wählen. Bisher war der Wahltag in Preußen eigentlich immer der Tag der Nichtwähler. Das muß anders werden. Das preussische Wahlrecht hat seine unbestreitbaren Schönheitsfehler, ja sogar Widersinnigkeiten, die hier und da den Willen des Volkes, der durch die Wahlen zum Ausdruck gebracht werden soll, entstellen und fälschen. Das darf aber kein Grund sein, nun die Hände resigniert in den Schoß zu legen und so sagen, ob ich wähele oder nicht, es bleibt doch alles beim alten. Nichts ist falscher als das. Mit stiller Resignation hat man noch nie in einem Kampfe Siege erstritten. Vor 50 Jahren haben wir genau dasselbe Wahlrecht gehabt und doch war die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses eine ganz andere. Damals hatte die preussische Volkswertretung eine liberale Mehrheit, in der die nationalliberale Partei die ausschlaggebende Rolle spielte. Es kann also nicht nur an den Mängeln des preussischen Wahlrechts liegen, wenn jetzt das Abgeordnetenhaus eingang anderes Bild zeigt. Das sieht man auch an der Zentrumspartei. Diese macht unter der Herrschaft des preussischen Wahlrechts genau so gute Geschäfte wie unter dem Reichstagswahlrecht. Worauf es ankommt, ist der Wille zur Macht, der sich bei den liberalen Parteien in viel zu geringem Maße geltend macht. Freilich, wenn der Liberalismus in sich zerreißt und uneinig ist, wie z. B. die Fortschrittler in Schöneberg, dann darf er sich nicht darüber beklagen, wenn er bei den Wahlen schlecht abscheidet. Die Vorbedingung für einen Erfolg beim Aufmarsch zum Wahlkampf ist Einigkeit und Entschlossenheit innerhalb der Partei. Es geht nicht an, alle Nachsteile, die sich aus den Wahlen für einzelne Parteien ergeben, allein auf das Wahlrecht zu schieben und sich gegen die eigenen Fehler blind zu stellen. Wenn den preussischen Landtagswahlen weniger Interesse entgegengebracht wird als den Reichstagswahlen, so liegt dies wohl zum Teil an den Fehlern des preussischen Wahlrechts, aber nicht ausschließlich. Je länger je mehr verzieht sich der Schwerpunkt der gesamten inneren Politik auf das Reich und die Einzeltagstage treten demgegenüber mehr in den Hintergrund, und zwar ist das nicht nur in Preußen der Fall, sondern auch in den anderen deutschen Bundesstaaten. Diese Ausführungen sollen natürlich keine Rechtfertigung des herrschenden Wahlrechts in Preußen darstellen. Wir sind uns vielmehr über die Ungerechtigkeiten, die das Wahlrecht enthält, ebenso klar wie über die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß man nicht mit den Fehlern des

preussischen Wahlrechts politische Indifferenz entschuldigen kann. Man spricht so viel von dem Terrorismus, dem durch die öffentliche Wahl Tor und Tür geöffnet werde. Nun, terroristisch wird nur derjenige, der sich terrorisieren läßt. Wenn man mit den Widersinnigkeiten des herrschenden Wahlrechts aufkommen will, muß endlich einmal ein Anfang gemacht werden. Das ist aber nur möglich, wenn das Abgeordnetenhaus eine andere Zusammensetzung bekommt. Diese aber ist in die Hände der Wähler gegeben. Wohl gemerkt, der Wähler, nicht der Nichtwähler. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, hat auch kein Recht, über das Wahlrecht zu schelten. Wenn am heutigen Tage jeder Wahlberechtigte seine Pflicht tut und seine Stimme nach freier Überzeugung abgibt, kann er selbst sein Teil dazu beitragen, daß die Fehler des preussischen Wahlrechts, die ihn föhren, beseitigt werden, aber auch nur dann. Bisher haben sich die Vorbereitungen zu den Wahlen in auffallender Ruhe und Interesseloseigkeit vollzogen. Das ist höchst bedauerlich. Nicht daß wir so lächerliche Vorfälle wünschen, wie etwa bei der letzten Reichstagswahl in Schwet; die sind immer ein Zeichen politischer Unreife, aber die Wählererschaft sollte doch ein größeres Interesse an den innerpreussischen Vorgängen nehmen. Zwischen Leidenenschaften, die bis zur Siebtheit gesteigert sind, und einer regen Teilnahme an den politischen Dingen, ist ein himmelweiter Unterschied. Die Regierung hat noch vor kurzem im Abgeordnetenhaus erklärt, daß sie eine neue Wahlrechtsreform nicht vorgelegt habe, weil keine Aussicht auf eine Annahme im Landtage vorhanden wäre. Darin liegt indirekt das Versprechen einer neuen Vorlage, sobald in der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses eine Gewähr für die Verabschiedung einer Wahlreform gegeben ist. Es wird deshalb Aufgabe der Parteien sein, auch den letzten Wähler an den Wahltag zu holen, damit die Bedingung, die die Regierung für die Reform des Wahlrechts gestellt hat, erfüllt wird. Kommt dann eine Wahlreform, dann müssen sich allerdings die Parteien des Abgeordnetenhauses dessen bewußt sein, daß immer noch zahlreiche Gegner einer Wahlrechtsänderung im Hause und draußen im Lande vorhanden sind, über deren Anschauungen einfach zur Tagesordnung überzugehen, die Gerechtigkeit verbietet. Deshalb sollten sich die liberalen Parteien, wenn sich vorläufig nicht mehr erreichen läßt, einstweilen auch mit kleinen Verbesserungen begnügen. Denn kleine Verbesserungen des reformbedürftigen Wahlrechts sind immerhin besser als gar keine. Ohne die Konservativen und das Zentrum ist keine Wahlreform möglich, da diese beiden Parteien voraussetzlich ohne große Veränderungen ihren Bestehenden im Abgeordnetenhaus behaupten werden. Da wäre es falsch, diese Parteien von vornherein so vor den Kopf zu stoßen, daß sie infolge überpannter Forderungen der Linksparteien sich auf einen völlig absehbenden Standpunkt stellen. Bei den diesmaligen Wahlen handelt es sich fast ausschließlich um die Frage des Wahlrechts und bei der großen Bedeutung, die dieser Frage ausnahmslos von allen Parteien beigelegt wird, heißt es die verschiedenen und Launen anzurichten, damit sie am heutigen Tage ihre Pflicht tun. Die erste und wichtigste Forderung, die für den heutigen Tag gestellt werden muß, heißt: „Jeder Mann zur Wahl!“

Telegramme.

Breslau, 15. Mai. (C. T. C.) Die Hauptversammlung des Bundes deutscher Verkehrsvereine, die in diesen Tagen in Breslau tagt, beschloß einstimmig, sich offiziell sowohl an der Graphischen Ausstellung Leipzig 1914 wie an der großen Düsseldorf-Ausstellung 1915 zu beteiligen.

Essen a. Ruhr, 15. Mai. (C. T. C.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Firma Krupp, zu deren Geschäftsgepflogenheiten es bisher nicht gehörte, ihr zugehenden Drohbrieffen irgend eine Beachtung zu schenken, sich in Verfolg der bekannten Verhandlungsbedingungen inzwischen in mehreren Fällen bewähren gesehen, derartige Drohbrieffe, die ihr in letzter Zeit von früheren Beamten zugegangen sind, der königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Wie weit durch die öffentlichen Erörterungen einer noch völlig unangenehm erscheinenden Bewirtung der Geister eingeleitet ist, wird am besten durch die Tatsache bezeugt, daß einer dieser Drohbrieffe es genügt hat, in solchem Drohbrieffe eine vor Jahren im Auftrag der Familie Krupp durch die Firma erfolgte Lieberweisung eines Betrages von 250 000 Mark für das Offizier-Gemeinschaftsheim im Taunus, für das bekanntlich damals von den verschiedenen Seiten zahlreiche Sitzungen gemacht sind, als Unterprovision für das Militärkabinett des Kaisers zu bezeichnen.

Gerolstein, 15. Mai. (C. T. C.) [Mittliche Meldung.] Gestern Abend fand auf Bahnhof Gerolstein ein Zusammenstoß zwischen einem ein- fahrenden Güterzuge und einer Rangierabteilung statt, wobei ein Schaffner getötet wurde. Der Materialschaden ist erheblich.

Hamburg, 15. Mai. (C. T. C.) In den Lagern der Kleinwerke in Wilhelmshagen entzündete heute nachmittags aus bisher unbekannter Ursache Großfeuer, das die benachbarten Betriebe und zwar die Norddeutsche Kraftfutter-Gesellschaft m. b. H., die Maschinenfabrik Julius Heindorf und die Wilhelmshager Mischelabrik G. m. b. H. in Mitleidenschaft zog. Außer den Ortswachen sind drei Jüge der Hamburger Feuerwehr zur Hilfeleistung ausgesandt. Bei dem Großfeuer in Wilhelmshagen sind zwei Frauen, die Kleinwerke und die Maschinenfabrik Julius Heindorf, vollständig zerstört worden, auch die in der Nähe liegenden Lageräume der Norddeutschen Kraftfuttergesellschaft m. b. H. sind gänzlich niedergebrannt. Erst am späten Nachmittag wurden die vier auf der Brandstätte tätigen Feuerwehren des Brandes Herr. Ein Bekleidungs der Maschinenfabrik erlitt schwere Brandwunden. Man schätzt den Schaden auf eine Million Mark.

München, 15. Mai. (C. T. C.) In der heutigen Sitzung des Magistrats kam Oberbürgermeister von Vorst auf die Wutttat an der Friedenssäule mit folgenden Worten zurück: Die hochwürdige Wutttat, durch welche vorgestern zwei Menschenleben vernichtet wurden, hat in allen Kreisen der Bevölkerung höchste Empörung und unmissige Anteilnahme hervorgerufen. Die beiden Bürgermeister glaubten dieser Empfindung Ausdruck geben zu sollen, indem sie der preussischen Gesundheitsbehörde aus Anlaß der Ermordung des Militärattachés v. Lewinski das Beileid der Stadtgemeinde zum Ausdruck brachten, desgleichen auch der Polizeidirektion anlässlich der Tötung eines herborragend tüchtigen Beamten, der in Ausführung seiner Pflichten sein Leben hat lassen müssen. Die beiden Bürgermeister werden namens der Stadtgemeinde an der Trauerfeier für den Major v. Lewinski und an der Verabschiedung des Oberwachmeisters Wohlender teilnehmen und Kränze niederlegen.

Seit nachmittags gegen 3 Uhr wurde die Leiche des ermordeten preussischen Militärattachés Major von Lewinski nach dem Bahnhofe gebracht zur Ueberführung nach Hannover, wo die Beerdigung in der Familiengruft erfolgen wird. Vorher fand im Trauerhause in der Reichsstraße eine Trauerfeier statt, der als Vertreter des Kaisers der preussische Gesandte von Treutler und als Vertreter des Prinzregenten Generaladjutant General der Kavallerie Frhr. v. Kdny beiwohnten. Ferner waren amende Vertreter der Weigen des königlichen Hauses, sodann Ministerpräsident Dr. Fischer von Hertling, Kriegsminister Freiherr von Krebs und Generaladjutant Graf von Horn. Außerdem waren fast alle Mitglieder des diplomatischen Korps, Vertreterinnen der Ministerien, sowie die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden erschienen. Der preussische Gesandte von Treutler legte im Auftrag des Kaisers einen prachtvollen Kranz aus weißen Rosen an Sarge nieder. Die Trauerrede hielt Militärpärzer Pitt, der ihr die Worte der Heiligen Schrift: „Der Herr